

Meine Sicht.



Keine Zerschlagung der S-Bahn

Anfang August hat die Ausschreibung von Teilstrecken der Berliner S-Bahn begonnen. Die Grüne Verkehrssenatorin Regine Günther will den Einstieg von privaten Betreibern. DIE LINKE lehnt das ab. Wir wollen keine Privatisierung und Zerschlagung der S-Bahn!

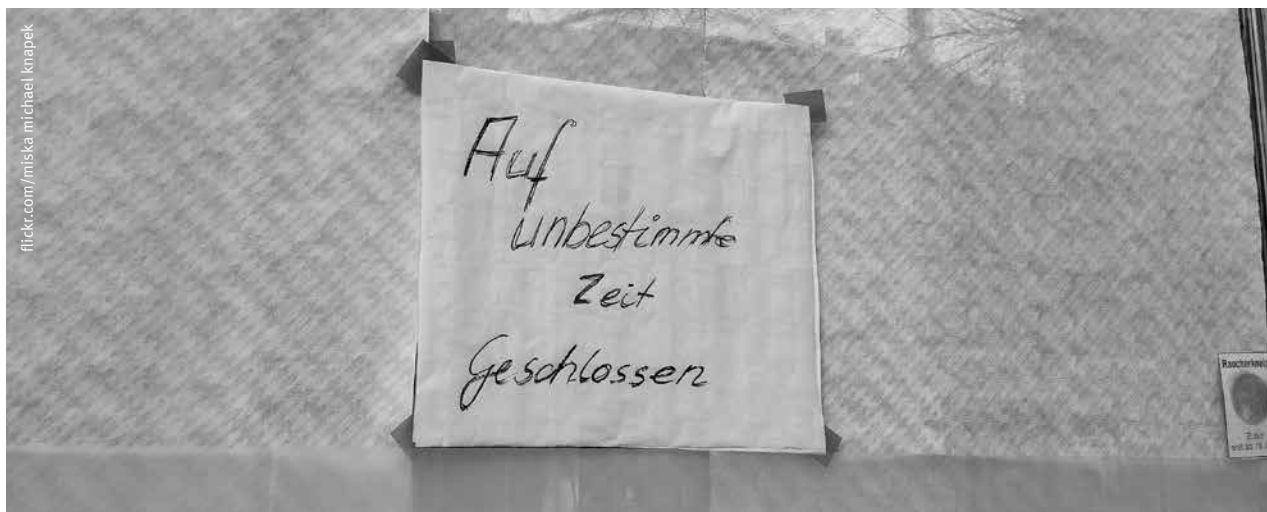
Unser Ziel ist eine Direktvergabe aller Strecken an eine landeseigene S-Bahn GmbH – ohne Ausschreibung. Solange der Bahn-Konzern die Kommunalisierung blockiert, ist eine Ausschreibung leider rechtlich unvermeidbar. Die Ausschreibung kann aber so gestaltet werden, dass nur Bewerber mit einem reibungslosen Schnittstellenmanagement zum Zuge kommen. Das heißt, die verschiedenen S-Bahn-Leistungen müssen störungsfrei ineinandergreifen. Dies geht aus unserer Sicht nur, wenn die S-Bahn aus einer Hand betrieben wird. Außerdem dürfen sich die Arbeitsbedingungen durch die Ausschreibung nicht verschlechtern und es muss eine Beschäftigungsgarantie geben. DIE LINKE hat zusammen mit der Eisenbahngewerkschaft EVG die Inhalte der Ausschreibung bereits verbessert. Doch die Gefahr ist nicht gebannt. Die gerade begonnene Ausschreibung muss nun vom Senat so gestaltet werden, dass die S-Bahn nicht zerschlagen wird. Gelingt das nicht, ist ein Abbruch der Ausschreibung kein Tabu.

Damiano Valgolio

Damiano Valgolio,
Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Mehr Geld für Soforthilfen

DIE LINKE: Wir sparen nicht in die Krise hinein



Die Corona-Pandemie wird auch zur Herausforderung für die öffentlichen Finanzen. Schutzausrüstungen müssen beschafft und medizinische Kapazitäten aufgebaut werden. Wir brauchen Hilfen für die Menschen, die von den Auswirkungen der Pandemie am stärksten betroffen sind. Das alles kostet Geld, das in den laufenden Haushalten nicht vorgesehen war. Gleichzeitig brechen die Einnahmen der öffentlichen Hand weg. Für Berlin sind das nach derzeitigem Kenntnisstand ca. 8,35 Milliarden Euro, die wir im Zeitraum 2020 bis 2023 weniger an Steuern einnehmen. Rot-Rot-Grün in Berlin hat schnell, noch vor der Sommerpause, einen Nachtragshaushalt verabschiedet, der die bisherigen zusätzlichen Ausgaben und den Ersatz für die wegbrechenden Einnahmen jedenfalls bis 2021 durch die Aufnahme von Krediten finanziert. Und zusätzlich weitere 500 Mio. Euro für Soforthilfen zur Verfügung stellt. Uns war wichtig, schnell klar zu machen, dass die Beschaffung von Schutzausrüstungen und medizi-

nischem Gerät aber auch Hilfsprogramme und Finanzhilfen für die in ihrer Existenz bedrohten Menschen möglich sind und finanziert werden. Durch die schnellen und unbürokratischen Soforthilfen, die die Koalition in einem ersten Schritt beschlossen hatte, konnten viele der für Berlin so typischen Kulturbetriebe und das Kleinstgewerbe aber auch viele Gastronomie- und Tourismusbetriebe und Soloselbstständige bisher vor der Insolvenz gerettet werden. Das war Hilfe in einer akuten Notlage. Und wir wollten schnell klar machen, dass wir nicht in die Krise hineinsparen. Hätten wir den Versuch unternommen, Corona-Ausgaben und Einnahmeausfälle durch Einsparungen zu finanzieren, hätte das nicht nur einen Kahlschlag in der sozialen Infrastruktur bedeutet. Es wäre auch wirtschaftspolitisch fatal gewesen, in der Krise auch noch die öffentliche Nachfrage herunter zu fahren. Corona und die damit verbundenen Auswirkungen werden uns noch längerfristig begleiten. Wir werden über weiteren Hilfebedarf ebenso reden

müssen wie über unterstützenden Maßnahmen für die wirtschaftliche Entwicklung. Dass der Bund dabei immer nur sehr kurzfristig denkt, macht es nicht einfacher. Als LINKE bleiben wir bei der Linie, coronabedingte Ausgaben und Mindereinnahmen durch Kreditaufnahmen zu finanzieren auch wenn die Beträge sich als höher erweisen, als zunächst angenommen. Umso wichtiger ist es, die Finanzierung der Kosten der Krise nicht einfach nur auf die nächsten Jahre zu verteilen, sondern auf Bundesebene dafür zu kämpfen, dass etwa durch eine Abgabe für Vermögende die Coronalasten gerechter verteilt werden.

Steffen Zillich, MdB



Auf die Straßen, Plätze, los!



Marchlewskistraße



Steigt man am S-Bahnhof Warschauer Straße aus und geht in Richtung Frankfurter Tor, geht nach hundert Me-

tern spitz links und schnurgerade eine Straße ab. Sie streift den Comeniusplatz und endet erst an der Alten Feuerwache an der Karl-Marx-Allee, Höhe Weberwiese. Die erste international bedeutende Rede Rosa Luxemburgs hielt – Julian Marchlewski. Mit dem langjährigen Jugendfreund reiste sie 1893 zum III. Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Zürich. Sie kam als Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens, die sie mit Marchlewski, Leo Jogiches und Adolf Warszawski gegründet hatte. Da sie, 22-jährig, ohne offizielles Mandat war, trug Marchlewski ihr Redemanuskript vor. Seine Mutter entstammt verarmtem deutschen Adel, er arbeitet nach dem Gymnasium als Färber. Seit 1888 gehörte Marchlewski – bekannt auch unter dem Spitznamen Karski – der sozialistischen Arbeiterbewegung an. Flieht aufgrund von Repression in die Schweiz, studiert dort Jura und Staatswissenschaften, übersiedelt nach Deutschland und beteiligt sich hier an der Herausgabe verschiedener Zeitungen. 1916 gehört er zu den Mitbegründern des Spartakusbundes. Es folgt eine zweijährige Inhaftierung wegen politischer Aktivitäten. Ein Denkmal in Havelberg erinnert noch an ihn als einen der tausenden Gefangenen des dortigen Kriegsinternierungslagers. Anschließend ausgewiesen, geht er in die Sowjetunion, kehrt ein Jahr später illegal nach Deutschland zurück. Tätig ist er fortan in der KPD. In seinen letzten Lebensjahren wird er Mitbegründer und Vorsitzender der Internationalen Roten Hilfe. Karski stirbt 1925. Seit dem 15. März 1950 trägt die Straße Marchlewskis Namen.

Holger Klemm



Sozialstadtrat Knut Mildner-Spindler

Neue Stadtteilzentren kommen

Anker für eine bunte Nachbarschaft

Lebendige Kieze mit wohnortnahen Beratungs- und Begegnungsangeboten, die Stärkung aktiver Nachbarschaften sowie stabile Sozialstrukturen sind Teil unserer LINKEN Leitlinien der Bezirkspolitik. Mit der Vereinbarung zur Bildung des Bezirksamts haben wir uns 2016 gegenüber Grünen und SPD für die Einrichtung neuer Nachbarschaftszentren im Bezirk eingesetzt. Wir wollen das bisherige IntiHaus am Mehringplatz als Nachbarschaftszentrum (Friedrichstraße 1–3) weiter entwickeln und ein Stadtteilzentrum in Friedrichshain West aufbauen. Noch in diesem Herbst eröffnet die Nachbarschaftseinrichtung in der Pauline-Staegemann-Straße und verbessert sofort die wohnortnahe Versorgung mit Angeboten und Veranstaltungen.

Ein langer Weg

Die Planungen für ein Stadtteilzentrum in Friedrichshain reichen bis ins Jahr 2013 zurück. 2016 entschied sich das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg für das ehemalige Polizeidienstgebäude in der Friedenstraße 31–32 als Standort für ein neues Stadtteilzentrum. Für den Umbau konnte eine Förderung im Rahmen der Stadtumbau-Förderung akquiriert werden. Damit das Stadtteilzentrum in der Friedenstraße schnellstmöglich realisiert werden kann, hat der Hochbauservice des Bezirksamts 2019 die Verantwortung für den Bau übernommen und die Baupla-

nung auf den Weg gebracht. 2021 rechnen wir mit Baubeginn, der bis 2023 abgeschlossen werden soll. Das Stadtteilzentrum wird von der Volkssolidarität betreut werden, die seit fünf Jahren mit Unterstützung des Sozialamts das Büro für Stadtteil- und Seniorenarbeit in Friedrichshain organisiert. Schon seit 2017 bietet die Volkssolidarität auf dem Hof des zukünftigen Stadtteilzentrums in der Friedenstraße 32 für Nachbarinnen und Nachbarn die Möglichkeit zum Gärtnern, zum Kochen, Möbel zu bauen oder Nachbarschaftskino zu veranstalten. Mit der »Stadtteilwerkstatt Friedenstraße« begleitet die Volkssolidarität die Nachbarschaft in den nächsten Jahren der Planungs- und Bauphase bis zur Eröffnung des Stadtteilzentrums. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind in die Entwicklung einbezogen – besonders der Ausbau einer Holzwerkstatt mit nachbarschaftlicher Möbelproduktion und eine Plastik-Recycling-Werkstatt auf dem Gelände befinden sich in der Umsetzung. Nach Fertigstellung werden diese Angebote in den Neubau überführt.

Pauline-Staegemann-Straße

Bis zur Fertigstellung der Friedenstraße wird ab Herbst 2020 die neu gebaute Begegnungsstätte in der Pauline-Staegemann-Straße die Aufgaben des zukünftigen Stadtteilzentrums übernehmen. Damit ergeben sich für die Bewohnerinnen und Bewohner des Friedrichshainer Wes-

tens sofort verbesserte Möglichkeiten für Veranstaltungen, Kurse und Begegnungen. Mit Fertigstellung des Stadtteilzentrums Friedenstraße sollen die Angebote dann mit ins neue Stadtteilzentrum umziehen, die Nachbarschaftseinrichtung in der Pauline-Staegemann-Straße dann als Ergänzungsstandort des Stadtteilzentrums erhalten bleiben. Die Räume sind sehr gut für Beratungs-, Seminar- und Gruppenangebote zu nutzen, die verkehrsgünstige Lage in direkter Nähe zum Alex eignet sich besonders gut für Bildungsangebote. Während in der Friedenstraße Nachbar*innen handwerklich tüfteln, gärtnern und Nachbarschaftsfeste organisieren, wird in der Pauline-Staegemann-Straße Wissen vermittelt, digital gelernt und organisiert.

Die Möglichkeiten für die Volkssolidarität, diese Angebote zu organisieren, sind in diesem Jahr gewachsen. Das Stadtteilzentrum Friedrichshain-West wird jetzt durch das Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren des Landes gefördert und auch der Bezirk hat seine finanzielle Zuwendung verstärkt. Wenn wir noch im Herbst gemeinsam mit der Volkssolidarität den Einzug in der Pauline-Staegemann-Straße feiern und 2023 das neue Stadtteilzentrum in der Friedenstraße eröffnen, dann ist das ein Erfolg LINKER Politik auf Landes- und Bezirksebene.

Knut Mildner-Spindler, Sozialstadtrat



Erpresserischer Karstadt-Deal

Bezirk droht Verlust der Planungshoheit am Hermannplatz

Der Senat hat im Bemühen, möglichst viele der von Schließung und Stellenabbau bedrohten Kaufhausstandorte und Arbeitsplätze von Karstadt-Kaufhof in Berlin zu retten, eine umstrittene Absichtserklärung (Letter of Intent) mit dem Mutterkonzern SIGNA geschlossen, der sich im Eigentum des österreichischen Milliardärs Rene Benko befindet. Eigentümer und Insolvenzverwalter des angeschlagenen Warenhauskonzerns Karstadt-Kaufhof drohten zunächst sechs der elf in Berlin ansässigen Kaufhausstandorte zu schließen. Nach Verhandlungen des Senats mit SIGNA sind nur noch zwei Berliner Standorte des Warenhauskonzerns von der Schließung betroffen. Dadurch sollen ca. 800 Arbeitsplätze zumindest mittelfristig – je nach Standort drei bis zehn Jahre – gesichert werden. Im Gegenzug sicherte der Senat dem SIGNA-Konzern entgegenkommen bei mehreren hochumstrittenen (Bau-) Projekten zu – unter anderem am Standort Hermannplatz. So wurde es in der gemeinsamen Absichtserklärung festgehalten.

Doch dagegen regt sich Widerstand aus Friedrichshain-Kreuzberg. Der sog. »Karstadt-Deal« beinhaltet, dass der Senat die Planungshoheit, für das im Bezirk heftig kritisierte Bauvorhaben der SIGNA am Standort Hermannplatz, an sich zieht. Das lehnt die Linksfraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg ab! Der »Karstadt-Deal« hat den faden Beigeschmack einer Erpressung! Die Verknüpfung des Erhalts von Arbeitsplätzen mit Zusagen zur Schaffung von Baurecht ist überdies auch aus juristischer Sicht höchst zweifelhaft. Darüber hinaus bleibt es bei der grundsätzlichen Kritik an den monumentalen Bauplänen der SIGNA für den Karstadt am Hermannplatz: Eine Rekonstruktion des ursprünglichen Gebäudes aus der Endphase

der Weimarer Republik ist mit Blick auf das Stadtgefüge am Hermannplatz in der heutigen Zeit völlig unangemessen. Die Planungen von SIGNA sehen eine sog. »Mixed-Use-Immobilie« vor, die eher den Charakter einer Shoppingmall hat, da das klassische Warenhaus Karstadt nicht mehr im Mittelpunkt steht. Eine Mischung aus Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, Fitnessangeboten, einer Markthalle, einer öffentlichen Dachterrasse und kulturellen Angeboten, ergänzt in vergleichbarem Umfang durch Büro- und Hotelflächen. Der Hof soll dreigeschossig überbaut werden. Mehrere hundert Millionen Euro will SIGNA in das Projekt investieren – entsprechend hohe (Gewerbe-) Mieten wären die Folge. Bereits jetzt lässt sich rund um den Hermannplatz eine massive Verdrängung des herkömmlichen Kleingewerbes, das auf den Alltagsbedarf für die lokale Bevölkerung ausgerichtet ist, beobachten. Stattdessen entstehen überwiegend gewerbliche Monostrukturen wie bspw. Gastronomie, die auf Tourismus ausgerichtet sind. Eine monumentale Signa-Mall am Hermannplatz dürfte auf diese Entwicklung wie ein Brandbeschleuniger wirken.

Ferner würde das Bauvorhaben einen zentralen Verkehrsknotenpunkt zweier Bezirke über Jahre hinweg lahmlegen. Auch wäre der vollständige Abriss eines intakten Bestandsgebäudes aus Sicht der Linksfraktion schon aus ökologischen Gründen äußerst zweifelhaft. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob nicht der geplante Abriss und Neubau des Gebäudes den dortigen Karstadt-Standort selbst und die dortigen Arbeitsplätze in Frage stellt. Denn die Corona-Krise hat noch einmal deutlich gemacht, dass für den SIGNA-Konzern das Geschäft mit Immobilien im Fokus steht und nicht das Warenhausgeschäft. SIGNA geht

es vor allem um die Renditen, die mit dem Bau, der Verwertung und dem Handel von Immobilien in innerstädtischen »Top-Lagen« zu erzielen sind. Die Warenhäuser von Karstadt-Kaufhof sind daher nur Ressourcen zur Optimierung des Geschäftes mit Immobilien und wurden in Berlin genau in diesem Sinne eingesetzt. Daher sind erhebliche Zweifel angebracht, wenn SIGNA die angekündigten Schließungen ausschließlich mit der Wirtschaftlichkeit der Warenhäuser begründet. Nach Auskunft des SIGNA-Konzerns haben – zumindest bis zum coronabedingten Lockdown – alle Berliner Karstadt-Kaufhof-Filialen schwarze Zahlen geschrieben. Signa hat die Corona-Krise offensichtlich als Chance begriffen, um seinen eigentlichen Interessen im Immobiliengeschäft durchzusetzen. Unter dem Strich bleibt es eine inakzeptable Form der politischen Erpressung, wenn der Signa-Konzern Hunderte Beschäftigte und ihre Arbeitsplätze an verschiedenen Standorten in unserer Stadt benutzt, um an einem Ort wie dem Hermannplatz seine Interessen als Immobilienkonzern

durchzusetzen. Die Linksfraktion in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg lehnt jede Politisierung und Instrumentalisierung des Baurechts ab. Wir fordern den Senat auf, die Planungshoheit für das heftig umstrittene Bauvorhaben der SIGNA am Standort Hermannplatz beim zuständigen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu belassen und eine behutsame an städtebaulichen Kriterien orientierte Entwicklung des Standortes zu ermöglichen.

Reza Amiri



Berliner LINKE gegen Signa

Der Landesparteitag der LINKEN Berlin hat sich am 22. August 2020 gegen die Pläne des Immobilienkonzerns Signa am Hermannplatz ausgesprochen. Aus dem Beschluss:

»Wir begrüßen, dass sich unsere Senatorinnen und Senatoren mit großem Einsatz für den Erhalt möglichst vieler Standorte und Arbeitsplätze bei Galeria Karstadt Kaufhof in Berlin einsetzen. Unabhängig davon bleiben unsere langfristigen stadtentwicklungspolitischen Ziele unverändert bestehen, auch mit Blick auf die Pläne der Signa-Gruppe als Immobilieninvestor [...] Insbesondere lehnt DIE LINKE. Berlin weiterhin die Pläne der Signa-Gruppe ab, das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz abzureißen und an dieser Stelle einen monumentalen Neubau mit all seinen schädlichen Nebenwirkungen für das gesamte angrenzende Stadtgebiet zu errichten, und spricht sich auch dagegen aus, die Federführung für das entsprechende städtebauliche Verfahren dem zuständigen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu entziehen.«



Skandalöse Zustände in Volkshochschule

Dozent*innen in Friedrichshain-Kreuzberg schreiben offenen Brief

Am 4. August haben sich Dozent*innen der Volkshochschule (VHS) unseres Bezirkes mit einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD), die Senatorinnen Elke Breitenbach (DIE LINKE) und Sandra Scheeres (SPD) gewandt. Dieses Schreiben ging auch den Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung zu und wurde zum Anlass genommen, die Beschäftigten in der Ausschusssitzung des Kultur- und Bildungsausschusses zu Wort kommen zu lassen. Die Kernaussagen der Mitarbeiter*innen umfassten zunächst aktuelle Entwicklungen, die zwar den Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet sind. Trotzdem bleibt aber festzuhalten, dass sowohl die Leitung der VHS Fingerspitzengefühl im Umgang mit Beschäftigten und Kursteilnehmer*innen vermissen lässt, als auch die zuständige Kulturstadträtin Clara Hermann (B90/Grüne) ihrer politischen Verantwortung nur unzureichend nachkommt. Im Gegensatz zu den meisten der anderen Berliner Volkshochschulen wurden in Friedrichshain-Kreuzberg die Deutschkurse nicht zum 1. Juli wieder aufgenommen. Die Folge davon ist, dass die Dozent*innen, die pandemiebedingt nur bis Ende Juni Ersatzzahlungen bekommen haben, ab 1. Juli bis auf Weiteres ohne Einkommen dastehen. Auch die Teilnehmer*innen haben keine Kursangebote mehr in ihrem Stadtteil. Auch haushaltspolitisch fehlt uns für den verspäteten Start der Kurse jedes Verständnis: Der VHS entgehen so wichtige Drittmittel durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die für die Integrations-

kurse geleistet werden und natürlich nur zur Anweisung kommen, wenn diese Kurse auch stattfinden. Auch die Zahlungen seitens des Berliner Senates hängen mit der Anzahl der Unterrichtseinheiten zusammen. Eine Reduzierung hat somit auch hier negative Auswirkungen. Dass zwischenzeitlich Clara Hermann zudem eine »Coronaklausel« in die Gespräche eingeführt hat, hat nun auch nicht unbedingt zur Vertrauensbildung seitens der Dozent*innen beigetragen. Ursprünglich sollten alle Honorarkräfte unterschreiben, dass grundsätzlich kein Honorar oder Ausfallhonorar fällig werden sollte, wenn Kurse coronabedingt ausfallen müssen. Zwischenzeitlich hat Clara Hermann diese Anordnung zwar zurückgezogen, was sicher auch dem Druck im politischen Raum geschuldet war, aber allein das Ansinnen, die Lasten der VHS auf den Rücken von sowieso meist prekär beschäftigten Arbeitnehmer*innen auszutragen ist kritikwürdig. Zumal dieses Vorgehen dem ausdrücklichen Wunsch und der Beschlusslage des rot-rot-grünen Senates widerspricht. Auch die Entscheidung, dass die Kurse nun zwar wieder gestartet werden, die Teilnehmer*innen aber auf zwei Räume aufgeteilt werden – allerdings weiterhin nur eine Lehrkraft pro Kurs zur Verfügung steht, ist fragwürdig. Dieses Verfahren ist pädagogisch anzuzweifeln, führt zudem dazu, dass die Hälfte der Lehrkräfte kein Einkommen hat, weil sich die Raumkapazität entsprechend reduziert. Eine bessere Wahl wären in diesem Zusammenhang kleinere Kurse von bis zu zehn Menschen, die

von jeweils eine*r Lehrkraft betreut würden. So könnten sowohl die Abstands- und Hygienebedingungen eingehalten und den Honorarkräften ein Einkommen garantiert werden. Nun könnte man zu dem Schluss gelangen, dass die oben bezeichneten Umstände auf die besonderen Verhältnisse der letzten Monate zurückzuführen sind. Nicht nur die VHS und die von Clara Hermann geführte bezirkliche Kulturverwaltung waren vor dem Hintergrund einer Pandemie gefordert, Antworten auf Fragen zu finden, die sich in dieser Form seit dem Ende des zweiten Weltkrieges einer Verwaltung nicht mehr gestellt haben, bzw. noch nie Einfluss auf Politik und Verwaltung hatten. Es ist aber festzuhalten, dass einige grundlegende Verwerfungen in der Friedrichshain-Kreuzberger Volkshochschule zu beklagen sind. Hierfür ist nicht allein die Leitung zu adressieren. Es stellt sich auch die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit, wenn dort tätige Lehrkräfte – Zitat – von einem »Klima der Angst«, »Willkür« und »Mobbing« sprechen. Doch nicht nur mündlich haben sich die Kolleg*innen Luft gemacht. Auch der bereits erwähnte »offene Brief« ist in diesem Zusammenhang eindeutig: »Zudem belastet ein Arbeitsklima der Angst den Deutschbereich. 2019 wurde eine Deutschkollegin in FK nach 27-jähriger Tätigkeit von heute auf morgen per E-Mail ohne ein Gesprächsangebot rausgeworfen. Vorausgegangen war eine Meinungsverschiedenheit mit dem damaligen Programmbereichsleiter und jetzigen VHS-Direktor. Gute Kommunikation, die früher mit anderem Leitungspersonal möglich war, findet nicht mehr statt. Da Dozent*innen auch nach jahrelanger Beschäftigung immer nur kurzfristige Honorarverträge für Wochen erhalten, sind sie vom Wohlwollen der VHS-Führungskräfte abhängig. Das Motto an der VHS Friedrichshain-Kreuzberg lautet: Friss oder stirb. »Verbindliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit ist uns wichtig«, heißt es im Leitbild der Berliner Volkshochschulen. Nur Sonntagsreden in diesem Fall.«

Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass alles unternommen wird, den Forderungskatalog der Lehrkräfte zu erfüllen. Gemeinsam mit der SPD haben wir zur Sitzung am 25.8.2020 einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht. Sollte hierzu keine eindeutige politische Reaktion erfolgen, stellt sich die Frage, ob die zuständige Stadträtin tatsächlich für den ihr anvertrauten Fachbereich geeignet ist oder generell politische Spitzenämter bekleiden sollte.

Oliver Nöll,
Vorsitzender BVV-Fraktion





Europas Antwort auf Corona

EU nimmt erstmals Kredite auf, um die Krise zu bekämpfen

Fünf Tage dauerte das Zerren und Feilschen. Genauer gesagt, 91 Stunden stritten die Staats- und Regierungschef*innen der EU-Staaten um einen Wiederaufbau-Fonds gegen die Corona-Krise und um den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR), gültig von 2021 bis 2027. Einige Stimmen in Politik und Medien sprachen von einer »historischen« Einigung. Das sehen wir als Linke anders.

1,8 Billionen Euro wollen die Chef*innen der EU-Staaten für den Corona-Hilfsfonds und den nächsten Haushalt in die Hände nehmen. 750 Milliarden stehen dem Corona-Paket zur Verfügung. Davon werden jetzt nur 390 Milliarden Euro als Zuschüsse gewährt anstatt 500 Milliarden. Die »Geizigen Vier« – Österreich, Dänemark, Niederlande und Schweden – hatten sich dagegen gewehrt, dass besonders von der Pandemie betroffene Staaten wie Spanien mehr Geld bekommen. Dafür darf die EU erstmalig in ihrer Geschichte nun Kredite aufnehmen. Das fordern wir als Linke schon lange, aber es wären viel größere Summen nötig, um die aktuellen Probleme in den Griff zu bekommen. Außerdem konnten sich die EU-Staaten nicht auf einen Mechanismus für Rechtsstaatlichkeit einigen, mit dem die freie Presse und eine unabhängige Justiz geschützt werden sollte. Ungarn und Polen legten ihr Veto ein.

Der Rest, etwa 1,05 Billionen Euro, soll für den EU-Haushalt der nächsten sieben Jahre bestimmt sein. Bereits Ende letztes Jahr forderte das EU-Parlament circa 1,4 Billionen Euro. Beim Haushalt ist das Europaparlament (EP) gleichberechtigter

Gesetzgeber. Doch der Rat, in dem die Regierungen sitzen, kam nicht in die Gänge. Die Verhandlungen konnten nicht anfangen. Ende Juli kam endlich die Einigung des Rats auf dem Sondergipfel. Jetzt versucht dieser, das EP vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nach dem Motto: Nehmt das oder die Zeit wird knapp. Außerdem wollen die Regierungen den Hilfsfonds weitgehend einer demokratischen Kontrolle durch das EP entziehen.

Darauf musste das EP, die einzig direkt gewählte Institution der EU, schnell antworten. Eine Sondersitzung wurde einberufen, die Abgeordneten unterbrachen ihren Sommerurlaub, um eine gemeinsame Antwort zu beschließen. Die Reaktion der Abgeordneten fiel deutlich aus: sie werden »keine vollendeten Tatsachen absegnen«, wenn sie sich nicht mit dem Rat auf ein zufriedenstellendes Ergebnis einigen werden. Sie sind zwar dafür, dass endlich ein Aufbaufonds beschlossen wurde. Doch das EP kritisiert deutlich, dass die Staatschef*innen gerade bei Programmen, die für die Zukunft wichtig sind, Geld streichen wollen.

Das erste Mal in der Geschichte der EU will der Rat den Haushalt kürzen, obwohl die Aufgaben und Herausforderungen der EU mehr Mittel dringend erforderlich machen. Auch das hat die Corona-Krise gezeigt, in der anfangs jeder Staat kopflos seine eigene Suppe kochte. Jetzt will der Rat Ausgaben für den Klimaschutz von 31,6 auf 8,4 Milliarden Euro kürzen, den Fonds für einen gerechten Übergang in Kohleregionen von 40 auf 17 Milliarden Euro stutzen. Erneut will dieser bei der Gesundheitspolitik,

der Bildung und der Kultur sparen. Von richtigen Investitionen in soziale Mindeststandards und in den Kampf gegen die europaweite (Jugend-) Arbeitslosigkeit gar nicht erst zu sprechen. So werden die wichtigsten Zukunftsfragen nationalen Egoismen geopfert.

Das Hauptziel des EP-Beschlusses war es, dem Rat ein deutliches Stoppschild zu zeigen. Beim Haushalt wird nichts ohne das Parlament entschieden. Dabei galt: Je größer die Mehrheit im Parlament desto stärker die Verhandlungsposition gegenüber dem Rat. Die Linksfraktion im EP (GUE/NGL) brachte von Anfang an ihre wichtigsten Forderungen in die gemeinsame Antwort des EP ein. Doch Demokratie heißt auch, Kompromisse einzugehen. Deshalb stehen im EP-Beschluss auch Forderungen, die nicht unserer Position entsprechen. Für die Abstimmung hatten wir eindeutige Anträge gestellt. So wollten wir diese kritischen Punkte ändern. Die Mehrheit im EP lehnte unsere Anträge leider ab.

Jetzt ging es bei diesem Beschluss des EP ganz klar darum, die Corona-Hilfen schnell auf den Weg zu bringen und den Standpunkt der Abgeordneten zum Haushalt deutlich zu machen. Die Regierungen haben beide Themen zusammen verhandelt, um sich Pfründe und Rabatte zu sichern. Doch das Aufbau-Paket ist eine Sache – und dass diese Hilfgelder nicht schon früher kamen, hat dem Ansehen der EU geschadet. Der Haushalt ist eine andere Baustelle. Wir wollen als Linke, dass sich das EP mit den Forderungen nach einem stärkeren MFR gegen den Rat durch-

setzen wird. Deshalb hat unsere linke Fraktion der gemeinsamen Resolution trotz Bedenken mehrheitlich zugestimmt. Unsere Ko-Fraktionsvorsitzende Manon Aubry hat es so ausgedrückt: »Ja wir müssen den Nebel über dem Abkommen lichten und es ist strategisch richtig, jetzt eine starke kritische Position des EP zu unterstützen.«

Nun kann das EP mit einer starken Stimme auftreten, wenn dieses in den kommenden Wochen mit dem Rat verhandelt. Dabei werden wir als Linke unsere Positionen sehr deutlich machen. So muss der künftige Haushalt die Zukunft viel mehr im Blick haben und darf nicht länger Geld in die Politik von gestern stecken. Wir wollen mehr Geld für einen Klimaschutz, der sozial gerecht abläuft und in neue und nachhaltige Technologien investiert. Wir brauchen einen digitalen Umbau, von dem alle in der EU profitieren können. Ohne mehr Mittel für die Forschung, besonders im Gesundheitsbereich, und gegen Armut und für soziale Mindeststandards wird die soziale Ungleichheit in der EU weiter wachsen. Dafür würden eine Digitalsteuer, eine Finanztransaktionssteuer und eine Vermögensabgabe für Superreiche nötiges Geld beschaffen. Höhere Mittel für Verteidigung und Rüstungskonzerne lehnen wir ab. Mehr Demokratie, mehr europäische Lösungen und mehr Solidarität in der EU sind gefragt. Damit würde die EU einen »historischen« Aufbruch schaffen. Doch davon sind die Regierungen noch meilenweit entfernt.

Martina Michels und André Seubert

Klimanotstand im Bezirk

Wie weit ist die Initiative der LINKEN?

Im Oktober 2019 hat DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg auf ihrer Hauptversammlung beschlossen, die Ausrufung des Klimanotstands im Bezirk voran zu treiben. Wir berichteten im Winter darüber. Wie ist der aktuelle Stand? Im Mai wurde unser Antrag »Klimanotstand in Friedrichshain Kreuzberg: Nach Erklärung der Berliner Klimanotlage jetzt den Umbau im Bezirk sozial gerecht voranbringen!« in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) zunächst vorberaten.

Daraufhin wurde er in die Ausschüsse für »Umwelt, Verkehr, Klima und Immobilien« (UVKI, federführend) sowie für »Wirtschaft und Ordnungsamt, Eingaben und Beschwerden« (WiOEB) überwiesen. Nachdem die Behandlung im WiOEB nicht behandelt werden konnte (die Sitzung musste ausfallen), wurde der Antrag Ende August im UVKI behandelt. Es zeichnet sich ab, dass der Antrag mit Unterstützung der SPD und Bündnis 90/Die Grünen etwa im nächsten Quartal in der BVV beschlossen wird. Drückt uns die Daumen und/oder schreibt an die Bezirksbürgermeisterin, damit sich schnell etwas bewegt – nicht nur die Hände zur Abstimmung!

Karolin Behlert



Auf die Straße mit Berlin4Future!

Seit zwei Monaten gibt es eine neue, regelmäßige Demonstration, die aus der Fridays4Future-Bewegung entstanden ist. Verschiedene Initiativen wie der Bund für Umwelt- und Naturschutz, parents4future und Scientists4Future haben sich dafür zusammen getan. Das neue Format soll auch Werktätigen die Chance geben, für mehr Klimaschutz auf die Straße zu gehen. Daher startet die Kundgebung um 18 Uhr, und zwar an jedem ersten Montag im Monat. Treffpunkt ist nahe der Weltzeituhr am Alexander-

platz. Immer mehr Initiativen schließen sich an; auch der Landesverband DIE LINKE ruft zur Demo auf und unterstützt sie.

Die Ziele der Initiative sind schnell umrissen: In Berlin wurde zwar vor einem Jahr die Klimanotlage ausgerufen, jedoch ist noch unklar, welche Konsequenzen daraus folgen. Am wichtigsten scheint in Anbetracht der großen Anzahl an Klimawandelleugner*innen eine umfassende Bildungs- bzw. Aufklärungsoffensive – jede*r muss die Dringlichkeit der Klimakrise erken-

nen und verstehen, um in der Folge bereit für Veränderungen zu sein. Die Politik ist hier in der Pflicht, aktiv zu werden und Maßnahmen anzustoßen. Gemeinsam mit Berlin4Future fordern wir: Klimagerechtigkeit – jetzt!

Nächste Termine:

Montag, 7. September

Montag, 5. Oktober

Montag, 2. November

jeweils 18 Uhr

Ort: Alexanderplatz,

nahe Weltzeituhr.



Gieß den Kiez!

Es ist einfach, für Abkühlung zu sorgen

Kreuzberg ist in Berlin der Stadtteil mit den wenigsten Grünflächen. Das allein hat den Aufenthalt an der frischen Luft gerade in Corona-Zeiten erschwert. Erholungsräume sind rar. Wenige Menschen drängen sich aufgrund der gegebenen Infrastruktur hier auf engem Raum. Nun sind in Zeiten der Klimakrise unsere wenigen Erholungssoasen leider in Gefahr: Die Hitze setzt den Pflanzen zu. Wer genau hinschaut, hat schon längst bemerkt, wie unsere Bäume leiden. Sie verlieren ihre Rinde, werfen Früchte, Blätter

und Äste ab, weil sie absterben oder versuchen zu überleben. Denn ein kleinerer Baum braucht naturgemäß weniger Wasser und Nährstoffe. Aber auch andere Wetterextreme wie Sturzregen und starke Winde machen der Natur zu schaffen. Sie tragen den sandigen Boden ab, schwemmen ihn weg. Wie zuletzt berichtet ist im Bezirk der Arbeitskreis Rote Bete aktiv im Einsatz, um unseren Bäumen zu helfen. In den heißen Sommermonaten treffen wir uns eine Stunde früher als gewohnt zum monatlichen Austausch, um die Bäume

in der Umgebung zu wässern. Da das nur ein Tropfen auf den heißen Baum ist, sind alle Berliner*innen gefragt. Es ist denkbar einfach: Hilfreich ist bereits ein Eimer Wasser täglich auf den Baum vorm Haus. Es hilft auch, die wöchentliche Ration von 80–100 Liter pro Baum auf ein bis zwei Gießtage in der Woche zu verteilen. Jungbäume brauchen dabei das Wasser am dringendsten. Und es gilt: Pumpenwasser ist besser als Leitungswasser. Weitere Gieß-Tipps sind nachzulesen auf den Internetseiten des BUND (www.bund.net).



Einen Schritt weiter

Das bezirkliche Konzept für den Fußverkehr

Wer sich zu Fuß durch unseren Bezirk bewegt, wird feststellen, dass das manchmal gar nicht so einfach ist – obwohl die meisten unserer Wege nicht im Auto, mit der Bahn oder dem Fahrrad zurückgelegt werden. Holprige Fußwegoberflächen, geparkte Motorfahrzeuge, zu üppige Schankvorgärten und Geschäftsauslagen, unfreundliche Ampelschaltungen, Gefährdung durch Radfahrende, ungenügend gesicherte Baustellen, Werbeaufsteller, fehlende Bordsteinabsenkungen, unzureichende Beleuchtung der Wege und die E-Tretroller-Seuche kennen wir alle. All das stellt ein ewiges Ärgernis dar. Um dem abzuweichen, hat die Bezirksverordnetenversammlung Ende Mai 2020 ein »Fußverkehrskonzept für Friedrichshain-Kreuzberg« beschlossen (Drucksache »DS/1460/V« – hier zu finden: www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung). Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte den Antrag erarbeitet, dem sich im Laufe seiner Behandlung die Fraktionen der LINKEN und SPD anschlossen. Neben allgemeinen und konkreten Forderungen im Beschluss gibt es einen Katalog, in dem Orte im Bezirk identifiziert wurden, an denen es dringenden Veränderungsbedarf für eine Verbesserung des Fußverkehrs gibt und der eine Handlungsempfehlung für das Bezirksamt ist. Der Beschluss ist Teil der bezirklichen Maßnahmen zur Verkehrswende, bei der es im Grunde um die Neuaufteilung des Verkehrsraums zu Gunsten einer umweltfreundlichen Mobilität u. a. auch durch die Reduzierung des motorisierten Privatverkehrs geht. Da-

mit ist er ein großer Schritt für mehr Sicherheit der Fußgänger*innen. Bei allem Optimismus sollten aber auch die Fehlstellen nicht übersehen werden. Am 21. Januar 2020 beschloss der Berliner Senat den Teil 4 des Mobilitätsgesetzes »Entwicklung des Fußverkehrs«. Auch wenn durch die Covid-19-Krise das Abgeordnetenhaus dies noch nicht endgültig beschlossen hat, hätten wesentliche Aussagen in die Fußverkehrskonzeption einfließen können. Es fehlt dort eine klare Forderung zum Verbot des Parkens von motorisierten Zweirädern auf Gehwegen und zum Umgang mit Zweirad-Leihfahrzeugen. Eine verbindliche Beteiligung der Bürger*innen bei der Gestaltung der Plätze und Gehwege ist ebenfalls nicht thematisiert. Denn gerade Fußwege und Plätze sollen mehr als bequeme und sichere Verkehrswege sein. Unter dem Stichwort »Aufenthaltsqualität« geht es um Begegnungsraum, Erholung und nicht zuletzt um sichere Spielflächen für die Kinder. Eine Verknüpfung des Fußverkehrskonzepts mit den Konzepten für einen grüneren Bezirk wäre deshalb begrüßenswert gewesen. Dazu ein Beispiel: In der Rigaer Straße gibt es seit April 2020 im Abschnitt Proskauer Straße – Zellestraße eine Komplettsanierung der Fußwege und der Fahrbahn. Mehr als eine lapidare Ankündigung im März, dass demnächst hier etwas passiert, gab es nicht. Das bisherige Ergebnis ist nicht sehr überzeugend: Besonders in den Nacht- und Morgenstunden verleitet die großzügige Gestaltung des Straßenraums zur lautstarken Missachtung des Tempo-30-Gebots durch PKW- und Motorradfah-

rer*innen. Man hätte über eine Reduktion des Parkflächenangebots zugunsten breiterer Fußwege nachdenken können. Neun Fahrradbügel an einer Stelle sind zu viel des Guten – mehr Grün mit vielleicht einer Bank wäre eine Alternative. Und es bleibt die spannende Frage, werden an den dafür vorgesehenen Stellen Obstbäume oder übliche Laubbäume gepflanzt?

Mehr Betroffenenbeteiligung kann solche untragbaren Situationen wie die nicht zu Ende gedachte Einrichtung des temporären Fahrradstreifens in der Frankfurter Allee oder die unzumutbare Wegegestaltung am Frankfurter Tor im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Baumaßnahmen verhindern bzw. wenigstens verbessern.

Ein weißer Fleck in der Konzeption ist eine fehlende Aussage zur Rolle des Ordnungsamtes bei der Unterbindung von fußverkehrsfremder Nutzung der Gehwege, d. h. ein restriktiverer Umgang mit Sondernutzungsanträgen, Kontrolle der Einhaltung nach Genehmigung und rigorose Unterbindung der Aufstellung von Werbetafeln und -fahnen. Die Mitarbeiter*innen aus der Abteilung »Parkraumüberwachung« sollten auch die »Gehwegüberwacher*innen« sein – natürlich zu weit besseren tariflichen Bedingungen als die, unter denen sie zurzeit arbeiten. Und zum Schluss ein Wunsch: Der bezirkliche »Verkehrswenderat« wendet sich nun verstärkt den Belangen der Fußgänger*innen zu. Mit der Fußverkehrskonzeption hat er eine gute Grundlage.

Rainer Witzel

Bitte achtsam Daddeln!

Es ist ein alltägliches Bild: Ich sitze in den öffentlichen Verkehrsmitteln und beobachte, dass etwa ein Drittel der Mitfahrenden aufs Mobiltelefon schaut. Sie beschäftigen sich mit Videos, sozialem Netzwerken, Spielen. Damit verbringen heute viele Menschen ihre Wartezeit, um der Langeweile zu entkommen und sich zu unterhalten.

Dabei ist längst bekannt, dass zum Beispiel eine Suche mit der gängigen Internet-Suchmaschine immense Mengen an Strom schluckt: Die Rechner stehen in riesigen Rechenzentren und ackern sich ab, damit wir Antworten auf so wichtige Fragen finden wie: »Wie hieß noch gleich der Schauspieler in diesem Film ...?«, »Wo gehe ich heute Abend aus?«, »Wie backe ich einen Schokoladenkuchen?«. Ich bin überrascht, womit und wie oft wir Suchmaschinen beschäftigen.

Doch über welche Größenordnungen reden wir? Digitale Informationen werden verarbeitet und gespeichert. Der Energieverbrauch dafür wird auf 200 Terawattstunden Strom pro Jahr geschätzt. Das ist mehr, als ganze Länder, etwa der Iran, im ganzen Jahr verbrauchen. Sehen wir uns den globalen Stromverbrauch an, liegt der Anteil der Informationstechnologie bei einem Prozent; der Anteil der Treibhausgasemissionen – nehmen wir den Verbrauch von Handys, Fernsehen und so fort dazu – liegt insgesamt bei zwei Prozent. Das ist genauso viel, wie die Luftfahrt verbraucht.



Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Sept./Okt. 2020

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Ortsverband Kreuzberg

Donnerstag, 3.9., 19 Uhr, Mariannenplatz
und Donnerstag, 1.10., Familiengarten,
Oranienstraße 34, jeweils 19 Uhr

Friedensfest

Sonntag, 6.9., 13–18 Uhr, Petersburger Platz

**Eröffnung Fotoausstellung
zu Derik in Nordsyrien**

Samstag, 12.9., 15–17 Uhr

**Ortsverband Friedrichshain-Nordost
Mitgliederversammlung**

Donnerstag, 17.9. und 15.10. jeweils 19 Uhr

**Ortsverband Friedrichshain-Nordwest
Mitgliederversammlung**

Mittwoch, 20.9., 19 Uhr

**Stammtisch Ortsverband F
riedrichshain-Nordwest**

Donnerstag, 10.9. und 8.10., jeweils ab 19
Uhr, Prager Hopfenstube, Karl-Marx-Allee 27

Ortsverband Friedrichshain-Südwest

Donnerstag, 10.9., 18 Uhr, Koppenstr. 62
und Donnerstag, 15.10., Roter Laden, jeweils
18 Uhr

Ortsverband Friedrichshain-Südost

Montag, 14.9., ab 19 Uhr

Bürgerbüro Steffen Zillich, Mda

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin

Bürger*innen-Sprechstunde:

18.9., 10.3–11.30 Uhr im Bürger*innen-Büro
9.10., 10.30–11.30 Uhr im Bürger*innen-Büro
um Voranmeldung wird jeweils gebeten

**Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung
(Anmeldung erforderlich)**

Donnerstag, 10.9., 16.30–18.30 Uhr
Donnerstag, 8.10., 16.30–18.30 Uhr

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB

Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de

persönliche Bürgersprechstunde

Freitag, 4.9., 17–19 Uhr, in der Kurt-
Tucholsky-Bibliothek, Esmarchstraße und
Dienstag, 13.10., 16–18 Uhr
im Wahlkreisbüro

**Kostenlose Erstberatung mit Rechtsanwalt
Ulrich Maurer**

Mittwoch, 9.9., 16–18 Uhr
Mittwoch, 7.10., 16–18 Uhr
Im Wahlkreisbüro, Anmeldung erforderlich

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 25. August 2020
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-
Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der**BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de



»Wem gehört die Stadt?«

Tanzdemo geht wegen Pandemie neue Wege

Das »Kollektiv Kirsch« besteht aus Künstler*innen, Barleuten, Techniker*innen, DJs und nicht zuletzt aus Polit-Aktivist*innen der LINKEN. Seit 2017 organisiert es jedes Jahr am ersten Samstag im September die Tanzdemo »Wem gehört die Stadt?«. Die Demonstration zog als Parade mit bis zu acht Wagen, mit Musik und politischen Reden durch verschiedene Bezirke. Der Name ist Programm: Die Veranstaltung beschäftigt sich vor allem

Verschwinden von Freiräumen; für ein Berlin, in dem wir alle gemeinsam gut leben können. Für ein Recht auf Stadt – besonders im Angesicht der Krise! Die Entwicklungen, die unsere Stadt bedrohen, sind Ausdruck der sozialen Spaltung. Wir lassen uns aber nicht spalten. Wir wollen zeigen, wie divers, bunt und solidarisch eine Gesellschaft sein kann. Tanzen und Politik sind keine Gegensätze, sondern Ausdruck einer mündigen Stadtgesellschaft, die

tische Redebeiträge aus unserer Partei, u. a. von Klaus Lederer, Katalin Gennburg oder Freke Over abgespielt werden. Ergänzt werden sie durch Beiträge von »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« oder zur Drogenpolitik von »My Brain My Choice«. Wer am 5. September nicht mit Fahrrad demonstrieren kann oder möchte, kann das musikalische und politische Angebot im Stream verfolgen und hat dabei die Auswahl zwischen Techno, Goa oder Drum'n'bass aus Berlin. Auf der Straße wird diesmal bei der Tanzdemo nicht getanzt, doch immerhin kann man zu Hause die Anlage aufdrehen und dabei ein bisschen durchdrehen. Hoffen wir, dass im kommenden Jahr am ersten Septemberwochenende – also auch ganz kurz vor der Dreifach-Wahl – wieder demonstrieren auf gewohnte Weise möglich sein wird, wenn es wieder heißt: Wem gehört die Stadt?

Maria Bischof



Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

**Treffpunkte Fahrraddemos
am 5. September, 15 Uhr:
Boxhagener Platz, Mariannenplatz
und Eberswalder Straße**

mit Stadtentwicklungspolitik. Aus dem Aufrufertext für dieses Jahr: »Berlin war immer eine Stadt der gewachsenen Vielfalt, in der unterschiedlichste Menschen miteinander leben können. Doch genau das, was bis heute so anziehend wirkt, ist bedroht. Spekulant*innen wittern das große Geld. Wir werden aber nicht hinnehmen, dass in unserer Stadt nur noch der Geldbeutel zählt. Deswegen gehen wir 2020 mit euch über neue Wege auf die Straße: Dezentral aber gemeinsam gegen Verdrängung und das

zusammenkommt, sich vernetzt und die sich laut und kreativ einmisch. Das beinhaltet für uns auch, dass die Krise nicht auf Kosten der Marginalisierten ausgeht.« Dezentral aber gemeinsam, das meint in Zeiten von Covid-19: Statt der großen Demo, die in den letzten Jahren bis zu 10.000 junge Menschen auf die Straße zog, sieht das Konzept dieses Jahr mehrere dezentrale Fahrrad-Demonstrationen vor, die durch Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Wedding führen. Auf ihnen wird Musik, aber auch poli-

**Eintritt
frei!
DIE LINKE.**

Komm rein
und lass die Tür auf.
www.die-linke.de